

Vorwort: „Heimat im Herzen – Mut zu Kassel.“

Der AfD Kreisverband Kassel-Stadt besteht seit Mai 2013. Mit der Kommunalwahl im März 2016 erreichten wir aus dem Stand 11%. Seitdem stellt die AfD einen Stadtrat im Magistrat sowie eine Fraktion mit acht Stadtverordneten. Mit über 40 Anträgen und über 80 Anfragen, geprägt durch sachliche Kompetenz in der derzeitigen Legislatur, sieht die AfD einer neuen erfolgreichen Wahlperiode ab April 2021 entgegen.

Wir bieten unserer Stadt die einzige Alternative. Statt Filz und abwegiger Denk- und Sprachverbote bestimmen gesunder Menschenverstand und Weitblick das politische Handeln. Mit unseren modern-konservativen Grundsätzen leisten wir den entscheidenden Beitrag, einer jahrzehntelangen Politik, die in einen Niedergang unserer Stadt mündet, ein Ende zu bereiten. Denn wir sehen im Handeln der derzeitigen Verantwortlichen eine reale Gefahr für den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität aller Bürger sowie für die Zukunft unserer Kinder.

Wir wollen unsere Stadt durch Wirtschaftsförderung, Bildung, Sicherheit und Infrastruktur im Wettbewerb stärken. Dabei setzen wir auf kommunale Kooperationen zwischen Nachbarstädten und -gemeinden in den Bereichen, in denen sie möglich sind. Wir stehen für demokratische Mitbestimmung und wollen die Menschen dazu ermutigen, Politik aktiv mitzugestalten. Eine größtmögliche Transparenz bei politischen Entscheidungen ist unser Ziel. Mitspracherecht und Beteiligung der Bürger sind wichtige basisdemokratische Elemente; nicht nur in der finalen Entscheidungs-, sondern bereits in der Planungsphase von Großprojekten, welche die aktuelle Infrastruktur erheblich verändern oder eine erhebliche Belastung der Finanzsituation der Stadt zur Folge haben können.

Fünf Jahre "Wir schaffen das" haben es geschafft, die subventionsbasierte Asylwirtschaft aufzublasen, die Staatshaushalte und Sozialkassen immens zu belasten. Es kommen offenkundig annähernd keine Fachkräfte deutschen Standards in die Stadt. Die beträchtlichen, fehlgeleiteten Finanzmittel werden uns in naher Zukunft für wichtige Investitionen nicht mehr zur Verfügung stehen. Hinzu kommt ein Abschiebestau bei abgelehnten Asylbewerben mit allen Folgekosten.

"Entweder Sozialstaat oder offene Grenzen [...] beides zusammen funktioniert nicht!"
(Milton Friedman, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften)

Der deutsche Durchschnittsbürger ist bereits heute auf den hintersten Plätzen der EU: geringe Rentenbezüge, höchstes Renteneintrittsalter, geringes pro-Kopf Vermögen. Hinzu kommen die höchsten Zahlungs-verpflichtungen und Ausfallrisiken im EU-Finanzsystem.

Die erneut drohende Überschuldung der Stadt hat zur Konsequenz, dass kommunale Steuern und Abgaben erhöht werden müssen; Umverteilung von unten nach oben kommt für die AfD nicht in Frage.

Wofür wir stehen:

- ein Europa der souveränen Nationalstaaten und des selbstbestimmten, friedlichen Miteinanders.
- die Ablehnung undemokratischer Sprach- und Denkvorgaben, da diese die demokratischen Grundrechte in den Gemeinden, in Deutschland und Europa einschränken und bei Entscheidungen vernünftigen Lösungen entgegenstehen.
- eine alternative Politik in scheinbar alternativlosen politischen Zeiten.
- ein starkes und zukunftssicheres Kassel.
- eine Kooperation mit den Nachbarstädten.
- die demokratische Mitbestimmung, die alle Bürger Kassels dazu ermutigen soll, Politik aktiv mitzugestalten.
- das klare Bekenntnis zu den Grundrechten des Grundgesetzes.
- das klare Bekenntnis zu den Interessen der Bürger Deutschlands, zur deutschen Nation, sowie zur aufgeklärten, christlich-abendländischen deutschen Werte- und Leitkultur!
- wir versprechen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, die Wiederherstellung der Demokratie mit wirksamer Gewaltenteilung, der Sozialen Marktwirtschaft und des freiheitlichen Rechtsstaats mit Gleichheit aller vor dem Gesetz, seine Grundrechte (Art. 1-20 GG) zu verteidigen, unsere Pflichten gewissenhaft zu erfüllen.

Demokratie und Bürgerentscheide

Die AfD ist eine basisdemokratische, bürgerliche Partei. Die Grundüberzeugung, dass mündige, gut informierte Bürger das politische Geschehen soweit wie möglich bestimmen sollen, ist Richtlinie unseres Handelns. Deshalb werden wir uns in der Stadtverordnetenversammlung für eine faire Bürgerbeteiligung einsetzen. Bürgerentscheide haben sich bei umstrittenen Entscheidungen als konstruktiver Lösungsansatz bewährt. Deshalb werden wir bei richtungsweisenden Entscheidungen, die die Stadt über Jahre prägen und/oder hohe finanzielle Belastungen mit sich bringen, einen Bürgerentscheid beantragen – per Vertreterbegehren. Wir begrüßen, dass Redebeiträge in der Stadtverordneten-Versammlung veröffentlicht werden.

Wir fordern für Kassel:

- mehr Offenlegung und mehr Bürgerbeteiligung.
- Bürgerentscheide bei richtungsweisenden Beschlüssen, welche die Stadt über Jahre prägen und/oder hohe finanzielle Belastungen mit sich bringen.
- es ist eine fortlaufende aktualisierte „Vorhaben-liste“ einzuführen, die zur frühzeitigen Information der Bürger über die wichtigsten Projekte und Planungen der Stadt dient.

- bei Großprojekten sind Planungsmodelle im Rathausfoyer auszustellen sowie im Netz einzustellen, bevor Entscheidungen getroffen werden.
- Politik – mit den Bürgern, für die Bürger.

Asyl, Zuwanderung und verfehlte Integration

Die Behauptung, die AfD sei ausländer- und/oder islamfeindlich ist falsch und wird durch ständige Wiederholung der sogenannten etablierten Parteien und der Mainstream-Medien nicht richtiger. Richtig ist hingegen, dass die deutsche Bundesregierung, insbesondere seit September 2015, fortgesetzt gegen deutsches und europäisches Recht verstößt, indem die Grenzen für jedermann offen sind und Grenzkontrollen nicht oder nur noch bedingt stattfinden.

Die AfD hat Verständnis für jeden, der versucht – aus welchen Gründen auch immer – in Deutschland einen Zufluchtsort zu finden. Allerdings muss dies unter Beachtung der geltenden Gesetze geschehen.

Ein „Wunschzielland“ gibt es weder im Asyl-, noch im Flüchtlingsrecht!

Gemäß Art. 16a Abs. 2 GG hat derjenige keinen Asylanspruch – auch nicht auf ein Verfahren –, der aus einem Land der Europäischen Union oder einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, so dass alle, die auf dem Landweg nach Deutschland kommen, kein Asyl in Deutschland beantragen können.

Ähnlich verhält es sich mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Diese erklärt in Art. 31 nur derjenigen illegalen Grenzübertritt einer betroffenen Person für straffrei, der von einem Land, in dem sie in ihrer Freiheit oder ihrem Leben bedroht ist, in ein Land erfolgt, in welchem diesbezüglich Sicherheit besteht.

Arbeitsmarktpolitische und demographische Probleme können durch unkontrollierte Zuwanderung nicht gelöst werden. Diese Zuwanderung wird keinen positiven Beitrag zur Gesellschaftsfinanzierung leisten, sondern im Gegenteil unbezahlbare zusätzliche Lasten verursachen.

Folgekosten für den Bürger

2019: Mit 23,1 Milliarden Euro erreichten Ausgaben für die verfassungswidrige Migration ein erneutes Rekordniveau. Insgesamt belaufen sich diese Kosten für den Bund seit 2016 auf 87,3 Milliarden Euro. Weitere unüberschaubare Kosten in Milliardenhöhe, die Länder und Kommunen selbst tragen müssen, kommen hinzu.

Die bestehenden Gesetze müssen wieder angewandt und gegebenenfalls durch ein strenges Einwanderungsgesetz konkretisiert und ergänzt werden.

Der fortgesetzte Rechtsbruch seit der Grenzöffnung August 2015 und damit der mutmaßliche Verfassungsbruch durch die Bundesregierung wurde schon Februar 2016 von Hans-Jürgen Papier (Präsident des Bundesverfassungsgerichts a.D.), Udo Di Fabio (Richter am Bundesverfassungsgericht a.D.) und Michael Bertrams (Präsident des Verfassungsgerichts in NRW a. D.), benannt und öffentlich kritisiert. Sie haben die Bundesregierung aufgefordert, zum Recht zurückzukehren. Dies war und ist die Position der AfD!

Wir möchten Politik für die Menschen machen! Dazu gehört auch, dass wir unsere Möglichkeiten realistisch einschätzen. Selbst, wenn wir wollten, könnten wir nicht alle Flüchtlinge bei uns aufnehmen! Deshalb plädieren wir dafür, Flüchtlingen dort zu helfen, wo es ökonomisch sinnvoll ist – nämlich in ihren Heimatregionen, in denen mit den gleichen Mitteln mehr als die 10-fache Anzahl an Menschen gut versorgt werden können. Im aktuellen Haushalt der Stadt Kassel stehen für unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) über € 10.000 pro Monat und Person zur Verfügung. Erwachsene Asylsuchende kosten pro Kopf und Monat ca. € 1.500 (vergl. UNHCR ca. 30\$ pro Flüchtling und Monat bis Sommer 2015, für eine gute Versorgung wären bis zu 100\$ nötig).

Der Flüchtlingsstrom ist auch eine Folge der Politik von Frau Merkel, indem sie die sachbezogene Zahlungsunfähigkeit des UNHCR eintreten ließ. Durch die höchsten Sozialleistungen innerhalb der EU besteht ein zusätzlicher Anreiz, für die Migration nach Deutschland. Humanitär ist, den Menschen dort zu helfen, wo sie Hilfe benötigen, ohne sie zu einem lebensgefährlichen Weg durch zahlreiche Drittländer zu bewegen.

Wir fordern für Kassel:

- der Bürgermeister und der Magistrat müssen von der Landes- und Bundesregierung das Ende von Rechts- und Verfassungsbruch fordern. Die Massenmigration muss beendet werden.
- die Stadt Kassel muss wegen der gescheiterten Eingliederung einen sofortigen Aufnahmestopp fordern. Erst, wenn alle „ausreisepflichtigen“ illegal Eingereisten ausgewiesen worden sind, kann über die Zuweisung/Aufnahme von neuen „tatsächlichen“ Asylbewerbern und Flüchtlingen gesprochen werden.
- Land und Bund müssen die finanziellen Lasten vollständig und dauerhaft übernehmen.
- der Magistrat muss im Rahmen seiner Zuständigkeit dazu beitragen, dass Ausländer ohne Aufenthaltsstatus/Duldung das Land verlassen!
- die Ausländerbehörde muss die Alters- und Identitätsfeststellung unter Ausschöpfung aller rechtlich zulässigen Maßnahmen betreiben.
- kein Rabatt bei Fehlverhalten und Kriminalität für Migranten (Art. 3 Abs. 1 GG: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich)

- Leistungen an illegal Eingereiste müssen äußerst restriktiv gehandhabt werden. Sachleistungen sind vorzuziehen.

Für weitergehende Informationen verweisen wir auf unsere Programme auf Landes- und Bundesebene

Sicherheit, Recht und Ordnung

Sicherheit, Recht und Ordnung durch die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols zu schützen, ist grundsätzlich Aufgabe des Bundes und des Landes. Aufgrund der völlig unzureichenden Kapazitäten, die durch jahrelange unverantwortliche Einsparung bei Landes- und Bundespolizei verursacht wurde, und die bis heute nicht in ausreichendem Maße ausgeglichen ist, sehen wir die Pflicht für die kommunale Ebene, in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen. Angesichts der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die illegale Masseneinwanderung fordern wir den Ausbau einer wirksamen kommunalen Ordnungspolizei* zur Ergänzung von Landes- und Bundespolizei. um Sicherheit, Frieden, Freiheit und Eigentum der Menschen in unserer Stadt zu schützen.

*Ausbildungsdauer: Ordnungspolizei ca. 9 Monate, Landespolizist min. 3 Jahre

Wir fordern für Kassel:

- einen konsequenten Aufbau von Personal, Polizeirevieren, Revierstationen und Polizei-posten. Die Besetzung, vor allem nachts, ist wieder vollständig zu gewährleisten.
- die früheren Polizeidienststellen Kaulbachstraße und Rolandstraße unverzüglich wieder 24-stündig zu besetzen.
- der Präsenz von Polizeistreifen, vor allem nachts, in Wohngebieten.
- Gehwege und Anlagen, die bei Dunkelheit genutzt werden, besser auszuleuchten.
- die Unterstützung des Kasseler Frauenhauses.
- Videoüberwachung an problembehafteten Orten im öffentlichen Raum. Hierbei gilt die Devise: So viel wie nötig, so wenig wie möglich.
- konsequente Bekämpfung des Drogenhandels und der Bandenkriminalität.
- Inbesitznahme von öffentlichem Raum durch Trinker, Drogensüchtige, Bettler, usw. zu unterbinden und damit die Beeinträchtigung von Bürgern und Gewerbetreibenden zu vermindern.
- Null Toleranz gegenüber Kriminalität und politisch motivierten Straftaten.
- Präventions- und Ausstiegsprogramme gegen Islamismus sowie Linksradikalismus und -extremismus, wie sie gegen Rechts bereits bestehen.

Verkehr, Infrastruktur und Energie

In Kassel wurden 30 Jahre lang schwere Versäumnisse bei der sinnvollen Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur begangen. Die Anwohner an den Hauptverkehrsstraßen im Norden und Westen Kassels leiden an Verkehr, besonders LKW-Verkehr, der in Ballungsräumen vergleichbarer Größe längst auf autobahnähnlichen Umgehungsstraßen mit modernem Lärmschutz zu den Autobahnen geleitet wird. Auch die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die mangelhafte Verkehrsanbindung der Industriestandorte im Norden Kassels interessiert die Verantwortlichen wenig.

Darüber hinaus werden bis heute Hindernisse für den Verkehrsfluss zahlreicher Hauptverkehrsstraßen geschaffen. Diese ideologische Blockadepolitik führt zu Ausweichverkehr auf dafür nicht geeigneten Nebenstraßen und zu Umwegen; dies belastet die Anwohner, die Umwelt, die Verkehrsteilnehmer, die Wirtschaft und schadet Kassels Zukunft. Millionensummen an Steuergeldern werden so zum Schaden der Bürger verwendet und die fahrzeugspezifischen Emissionen, insbesondere Feinstaub, Stickoxide und CO₂ erhöht statt gesenkt.

Der Kasseler öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bietet durch die KVG ein wichtiges Angebot, das es weiter zu entwickeln gilt. Der Individualverkehr ist nicht zu ersetzen. Eine dogmatische Umerziehungspolitik ist zur Lösung von Umwelt- und Verkehrsproblemen nicht geeignet. Stattdessen sollte die Verkehrs- und Planungspolitik strikt verkehrsträgerneutral sein. Eine Diskriminierung des Verbrennungsmotors ist nicht sinnvoll.

Wir sind für eine ideologiefreie Verkehrspolitik mit gesundem Menschenverstand und eine sinnvolle Kombination von Individualverkehr und ÖPNV.

Wir fordern für Kassel:

- die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer. Kein weiterer Rückbau von Hauptverkehrsstraßen zulasten des individuell motorisierten Verkehrs.
- Verkehrsbehinderungen zu reduzieren statt zu vermehren, denn Stau und stockender Verkehr belasten Anwohner und Umwelt mit zusätzlichem Lärm und Abgasen, sowie Verkehrsteilnehmer und Wirtschaft mit zusätzlichen Kosten und Zeitverlusten, mindern die Lebensqualität und gefährden Arbeitsplätze.
- die Beseitigung der Verkehrsengpässe auf dem Innenstadtring, Rudolf-Schwander-Straße Richtung Scheidemannplatz, Fünf-Fenster-Straße Richtung Scheidemannplatz, Lutherplatz Richtung Stern, so dass an den Ampeln zwei Fahrstreifen in diese Richtungen verfügbar sind.
- sofortigen Stopp für ideologiesteuerten Infrastrukturrückbau
- den Erhalt der Autobahnanschlussstelle Kassel-Ost.

- künftig alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Bau einer Nord- und Nord-West-Tangente zu erreichen. Die autobahnähnliche Bundesstraße soll die Holländische Straße und die Ihringshäuser Straße an die Autobahn A7 nördlich Niestetal / Sandershausen anbinden. Eine ausgebaute Bundesstraße mit drei Fahrstreifen soll die B7/Holländische Straße, Rasensallee, Wolfhagener Straße an die B251 westlich von Habichtswald-Ehlen nahe der Autobahnanschlussstelle Zierenberg (A44) anbinden. Diese Trassen sollen – anwohnerverträglich mit moderner Lärmschutztechnik – einen großen Teil des Pkw- und Schwerlastverkehrs der Industrieansiedlungen in der Nordstadt und am Flughafen vom Innenstadtring und Holländischer Straße ableiten und die Attraktivität der Industriestandorte sichern.
- Wiederherstellung und Ausbau der Verkehrsführung Dresdner Straße, Sandershäuser Straße, Söhrestraße, B83 zur Entlastung des Platzes der Deutschen Einheit (Kreisel) mit Verkehrsverteilung durch ein modernes Verkehrs-Informationssystem.
- kosteneffizienter Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, besonders durch Schaffung einer Regio-Tram-Strecke vom Platz der Deutschen Einheit über Waldau, BuGa- und Messegelände, neuem Fernbus-Bahnhof, dez-Einkaufszentrum, Frankfurter Straße, Park Schönfeld zum Bahnhof Wilhelmshöhe, weiter über Harleshausen und Vellmar zum Flughafen Kassel-Calden und dessen Gewerbegebiet. Die Strecke kann kostengünstig über bereits vorhandene Gleisanlagen der „Waldkappeler Bahn“ und weitere Bahngleise realisiert werden.
- der Fahrplan der KVG muss sich an dem Bedarf der Fahrgäste orientieren. An Kosteneinsparungen sollte man eher bei sinnlosen Projekten wie z.B. neuen Trassen neben vorhandenen Bahngleisen denken, z.B. nach Waldau.
- Neubau und Modernisierung der unterirdischen Fußgänger- und Radverkehrsführung am Platz der Deutschen Einheit, einschließlich Ruhezonen mit Kurzzeitgastronomie sowie des ÖPNV Verkehrsknotenpunkts mit neuer S-Bahn- bzw. Regio-Tram-Haltestelle.
- Neubau eines Fernbusbahnhofs direkt an der Autobahnanschlussstelle Kassel-Auestadion mit direktem Anschluss an den Autobahnzubringer und S-Bahn- bzw. Regio-Tram-Haltestelle zwischen der Südtangente A49 und der Waldkappeler Bahntrasse. Dieses Gelände ist ausbaufähig bei zunehmendem Fernbusverkehr nach Vollendung der A44 Kassel-Eisenach und ermöglicht einen P+R-Parkplatz.
- Einsparungen bei der KVG zu realisieren durch bessere Planung und Anschaffung von leichten, kleineren Straßenbahnen für Nebenverkehrszeiten mit geringerer Auslastung. Aufgrund der Reduzierung von Energieverbrauch, Streckenverschleiß, Wartungs- und Wieder-Anschaffungskosten im Vergleich zu den heute genutzten großen Zügen können mittel- und langfristig erhebliche Einsparungen erreicht werden, ohne das Angebot einschränken zu müssen.
- eine sinnvolle Taktung im Nahverkehr, die ganztägig aufrechterhalten bleibt.
- faire Tarife im NVV

- den Stopp der Verknappung des öffentlichen Parkraums, Senkung der Parkgebühren auf die alte Gebührenordnung.
- keine Tempo 30 Abschnitte auf Hauptverkehrsstraßen ohne den Nachweis einer besonderen Unfallträchtigkeit.
- keine unnötigen Schikanen bei der Verkehrsführung in Baustellenbereichen.
- keine einseitige Bevorzugung des Radverkehrs.
- eine kostengünstige, umweltfreundliche und vor allem sichere Energieversorgung.
- Energie-, Wasser- und Fernwärmenetze in kommunale Hand, da sie natürliche Monopole darstellen, aber auch demokratische Kontrolle. Kalkulationen und Gebührenerhebungen müssen transparent und nachvollziehbar sein und dürfen nicht der Finanzierung des städtischen Haushalts dienen.
- keinen weiteren Bau von Windkraftanlagen im Umland von Kassel!

Haushalt und Finanzen

Kassel muss als Stadt zum Leben und als Wirtschaftsstandort attraktiver werden. Dies können wir nur erreichen durch sinnvolle Investitionen in die städtische Infrastruktur und die weitere Ansiedlung von Unternehmen. Ausgaben und Investitionen sind abhängig von der Finanzierbarkeit entsprechend des aktuellen Stands der städtischen Finanzen. Die Ein- und Ausgabenplanung ist vollständig auf Nutzen, Einsparungsmöglichkeiten und finanzielle Folgen zu untersuchen.

Wir fordern für Kassel:

- die Modernisierung der Infrastruktur.
- Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze nicht erhöhen.
- der Stadthaushalt ist für die Bürger nach-vollziehbar grafisch aufzubereiten und im Internet zu veröffentlichen.
- ein nachhaltiges und vernünftiges Wirtschaften für kommende Generationen, Investitionen in die Verkehrs- und digitale Infrastruktur.
- Neuverschuldung zu vermeiden und stattdessen Einsparungen in anderen Bereichen vorzunehmen. Bei der Unterbringung und Versorgung der Migranten, sowie dem linkslastigen Kulturbetrieb sind erhebliche Einsparpotenziale vorhanden.
- keine Erhöhung von Steuern, Abgaben, Beiträgen und Gebühren für Bürger und Gewerbetreibende.
- eine Kooperation mit Transparency International Deutschland e. V., um besser Korruption und Amtsmissbrauch vorzubeugen bzw. zu verhindern.
- die Überprüfung von Investitionen auf Notwendigkeit und Rentabilität.

Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Innovation und Arbeitsplätze

Ein weiterer Ausbau der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben, kleinen, mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen in Kassel zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ist eines der wichtigsten Ziele der Alternative für Deutschland. Jeder Arbeitsfähige muss die Chance auf einen passenden und zukunftssicheren Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben.

Wir fordern für Kassel:

- frühzeitige Einbindung der Wirtschaft in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse.
- den Ausbau lokaler und regionaler Stromverteilernetze als auch der Übertragungsnetze fördern.
- den weiteren Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben, kleinen, mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen.
- Existenzgründungen fördern.
- Offenheit gegenüber technologischen Neuerungen und Innovationen!
- Wirtschaftsförderung; zum Beispiel für die Fertigungsindustrie. Diese bietet mit dem Aufkommen neuer und besonders innovativer Technologien neue Chancen für den Aufbau und den Erhalt von Arbeitsplätzen.
- die Bereithaltung und Ausweisung von Gewerbeflächen mit guter Infrastruktur!
- die rasche Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Energie, Abfallwirtschaft) zur Erleichterung der Ansiedlung neuer Unternehmen für Mittelstand und Handwerk.
- eine stärkere Einbeziehung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in die politischen Entscheidungsprozesse.

Familie, Bildung und Soziales

Die Familie besteht für uns aus Vater, Mutter und Kind(ern). Die angestammte Bevölkerung hat zu wenig eigenen Nachwuchs. Die Schrumpfung, die daraus resultiert, beträgt jährlich über 250.000 Personen mit stark steigender Tendenz! Wir müssen uns gegen diesen Trend stemmen; es mangelt an einer positiven Einstellung zu Nachwuchs und Ehe.

Zitat Grundsatzprogramm AfD:

„Der Erhalt des eigenen Staatsvolkes ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung“

Zitat aus dem am 28.11.2020 beschlossenen Leitantrag zur Sozialpolitik:

„Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen bessergestellt werden als Personen, die größtenteils arbeitslos waren.“

Dies wird erreicht, indem nur 25% der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird. (...) Soziale Gerechtigkeit ist ein integraler Bestandteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur Eigenverantwortung anregen.“

(...)

"Die Familien tragen die Lasten der Kindeserziehung, die späteren Leistungen der Kinder, insbesondere in der Rentenversicherung, kommen aber vor allem den Kinderlosen zu Gute. Die AfD möchte hier einen Ausgleich herstellen, indem Familien für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern. Wurden noch keine Beiträge in entsprechender Höhe gezahlt, erfolgt eine Anrechnung auf zukünftige Rentenbeiträge.“

Wir fordern für Kassel:

- die Förderung der häuslichen Kindererziehung, z.B. Betreuungsgruppen von Elterninitiativen.
- das natürliche Recht der Eltern, die Pflege und die Erziehung der Kinder selbst zu übernehmen (Kinder gehören nur in Ausnahmefällen in staatliche Obhut!).
- die Verbesserung von Zustand und Ausstattung der Schulen.
- Bildungserfolg unserer Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern.
- das bewährte System der Förder- und Sonderschulen zu erhalten.
- Keine Genderideologie und linke Indoktrination in der Erziehung.
- die Ablehnung aller Quotenregelungen für alle Arbeits- und Lebensbereiche, aber auch jede Form der Quotierung (mit Ausnahme von Schwerbehindertenquoten), denn diese sind mit den Prinzipien der Chancengleichheit und des freien Wettbewerbs unvereinbar!
- die Ablehnung der sogenannten „geschlechtergerechten Sprache“

Zivil- und Bevölkerungsschutz– insbesondere in Zeiten von Corona --

Krankheitserreger begleiten die Menschheit seit Anbeginn. Das planlose Agieren der Bundesregierung zu Beginn der Sars-CoV-2 Verbreitung, zeigt deutlich wie desolat der Zivilschutz in Deutschland mittlerweile aufgestellt ist. Es wurde klar, dass Deutschland mit einer möglicherweise drohenden Pandemie nicht angemessen umgehen kann. Weder stünde genügend Schutzausrüstungen zur Verfügung, noch gibt es einen Krisenstab der angemessenes Verhalten empfehlen und koordinieren könnte.

Zum Glück ist es aus unserer Sicht nicht erkennbar, dass aus dem Erscheinen des Sars-CoV-2 Virus für die deutsche Bevölkerung eine Gefahr nationaler Tragweite hervorgeht. Die Statistiken über den Verlauf zeigen keine gravierende Abweichung nach oben bei der zu erwartenden Sterblichkeit.

Die Geschäftsschließungen und Kontaktbeschränkungen nicht Erkrankter müssen daher sofort beendet werden um weiteren Schaden von Gesellschaft und Wirtschaft abzuwenden.

Die Corona-Pandemie hat sich in Deutschland im Frühjahr 2020 zur Corona-Hysterie entwickelt. Wir sind der Auffassung, dass die Bundesregierung erst zu spät und dann völlig übertrieben reagierte. Die AfD-Fraktion im Bundestag hatte bereits am 12. Februar 2020, also schon lange vor der Coronakrise die richtigen Lösungen parat gehabt. Die meisten Maßnahmen von Bund und Länder waren nicht geeignet, nicht erforderlich und sicherlich auch nicht verhältnismäßig.

Wir benötigen einen festgelegten Handlungskatalog bundesweit mit regionalen situativ geeigneten Gestaltungsfreiheiten, basierend auf unabhängigen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Wir fordern für Kassel:

- angemessenes und besonnenes Handeln in Krisenzeiten
- Aufklärung der Bürger über Krankheitsrisiken und Ansteckungsrisikoreduktion
- Aufklärung der Bürger über Impfrisiken, insbesondere Langzeitwirkungen und Nebenwirkungen bei Impfungen
- Abwägung von Maßnahmen auf der Basis unabhängiger wissenschaftlicher Erkenntnisse

Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

Die Attraktivität der Stadt Kassel als Ort zum Wohnen und Leben hat sich in den vergangenen Jahrzehnten positiv entwickelt. Eine Fortschreibung dieser Entwicklung ist kein Selbstläufer. Steigende Kosten und eine in den letzten Jahren zu beobachtende Verdichtung in vielen Wohngebieten aufgrund einer ausufernden Zuwanderung, sind nicht geeignet eine hohe Wohnqualität zu erhalten.

Wir fordern für Kassel:

- eine Gebührenpolitik der städtischen Unternehmen im Interesse der Bürger.
- beschleunigte Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau.
- die Überprüfung aller behördlichen Auflagen, die den Wohnungsbau und die Vermietung von Wohnraum verteuern, z.B. keine Zwangsaufgaben zur energetischen Sanierung!

Kunst, Kultur, Sport und Vereinsleben

Kulturpolitik schafft die Freiräume zur Entfaltung von Kultur im Zusammenspiel von Bewohnern und Besuchern unserer Stadt, sie bietet die Verbindung zur kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Tradition unseres Volkes und ein Imagegewinn für jeden Stadtteil, die Stadt Kassel und die ganze Region. Kunst, Kultur und Sport in Kassel stehen im harten Wettbewerb mit anderen Städten; Rahmenbedingungen müssen hierfür vorhanden sein.

Wir fordern für Kassel:

- den Erhalt unseres reichen kulturellen Erbes in Malerei, Musik, gestaltender Kunst, Bräuchen und Festen weltlichen und christlichen Ursprungs.
- eine angemessene Zahl von Bürgerhäusern, die Vereinen kostenlos zur Verfügung stehen.
- den Erhalt und die Pflege von Kasseler Kulturgütern aus Literatur, Wissenschaft und Technik, sowie historische Bauwerke und Denkmäler sowie eine konsequente Berücksichtigung des Denkmalschutzes
- Städtische Subventionen für Kulturangebote sollen sich am Nutzen für Kassel und der Anzahl der Nutzer aus Kassel orientieren.
- keine Förderung ideologischer Gruppen durch die Stadt.
- eine deutlich stärkere Nutzung des Sponsorings anstelle des Gebrauchs von öffentlichen Mitteln.
- die Verhinderung der Schließung von Sport- und Freizeiteinrichtungen oder deren Zweck-entfremdung.
- ortsnahe, auch für Kinder gut erreichbare und funktionsfähige Sportinfrastruktur.
- das klare Bekenntnis zum Vereinswesen, insbesondere zu den Sport-, Karnevals-, Kultur-, Tierschutz- und Schützenvereinen, da dieses ein Ort des Austauschs und der Freundschaft darstellt. Des Weiteren wirken Vereine und Brauchtum identitätsstiftend und stärken das „Wir-Gefühl“.
- die documenta gehört zu Kassel. Der Gesellschaftsvertrag wird um den Zusatz erweitert: „Alleinigere Veranstaltungsort der documenta ist Kassel.“.

Tier- und Umweltschutz

Gerade in einer dicht besiedelten Großstadt wie Kassel konkurrieren Wohnungsbau, Kindergärten, Schulen und Gewerbe um die wenigen geeigneten Flächen. Naturschutzgebiete und Freiflächen sind notwendig für die Erholung, für die Luftqualität und für den Schutz von Tieren und Pflanzen und nicht zuletzt, weil sie zur Lebensqualität in der Stadt beitragen.

Wir fordern für Kassel:

- den Schutz der städtischen Tier- und Pflanzenwelt.
- die Pflege und Erhaltung der Grünzonen, Spielplätze und Parkanlagen.
- die Unterstützung der hiesigen Tierschutzvereine und Tierheime!
- die Implementierung des Tier- und Umweltschutzgedankens über pädagogische Angebote in Kindergärten und in Schulen.
- die Förderung von gesundem Essen aus regionalen, saisonalen und biologisch erzeugten Nahrungsmitteln. In Kindergarten- und Schulverpflegung haben Importlebensmittel mit ungeklärter Schadstoffbelastung nichts zu suchen!
- die Leitkultur der „sauberen Stadt“ ist offensiv in allen Bereichen zu vermitteln!